

Entscheidungsvorschläge zu Hinweisen/Einwendungen im Bauleitplanverfahren

BEZEICHNUNG DER MAßNAHME: 107. Änderung des Flächennutzungsplanes (Neubau eines Aldi-Marktes in Aschendorf), Stadt Papenburg

VERFAHRENSGANG: Frühzeitige Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 1 BauGB vom 20.04.2017 bis 04.05.2017

Folgende Behörden und Träger öffentlicher Belange haben keine Bedenken oder Anregungen zur Planung vorgetragen:

1. Samtgemeinde Dörpen, Dörpen vom 25.04.2017
2. Gemeinde Rhede (Ems), Rhede vom 24.04.2017
3. Handwerkskammer Osnabrück-Emsland-Grafschaft Bentheim, Osnabrück vom 04.05.2017
4. Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie, Meppen vom 27.04.2017
5. Industrie- und Handelskammer für Ostfriesland und Papenburg, Emden vom 03.05.2017
6. Wasserverband Hümmling, Werlte vom 02.05.2017
7. Vodafone Kabel Deutschland GmbH, Leer vom 04.05.2017
8. TenneT TSO GmbH, Lehrte vom 28.04.2017
9. Amt für regionale Landesentwicklung Weser-Ems, Meppen vom 28.04.2017

Folgende Behörden und Träger öffentlicher Belange haben Bedenken oder Anregungen/Hinweise zur Planung vorgetragen:

1. Stellungnahme: Landkreis Emsland, Fachbereich Hochbau
Datum: 03.05.2017

Inhalt

Zum Entwurf der o. g. Bauleitplanung nehme ich als Träger öffentlicher Belange wie folgt Stellung:

Raumordnung

Die Stadt Papenburg ist im Landes-Raumordnungsprogramm des Landes Niedersachsen (LROP) 2017 und dem Regionalen Raumordnungsprogramm für den Landkreis Emsland 2010 (RROP) als Mittelzentrum ausgewiesen und hat damit die zentralen Einrichtungen zur Deckung des allgemeinen täglichen Grundbedarfs und Dienstleistungen sowie Güter des höheren und besonderen Bedarfs bereitzustellen.

Eine raumordnerische Abstimmung findet zurzeit statt. Bereits jetzt ist aber erkennbar, dass insbesondere einige relevante Regelungen des kürzlich in Kraft getretenen LROP 2017 verletzt sein dürften, sofern es sich bei dem Vorhaben innerhalb des im Einzelhandelskonzept der Stadt Papenburg festgelegten Nahversorgungszentrums nicht um einen wohnortbezogenen Nahversorgungsbetrieb handelt, der auf mindestens 90 % der Verkaufsfläche nahversorgungsrelevante Sortimente anbietet. Ein solcher weist einen wesentlichen Einzugsbereich auf, der der Fußläufigkeit entspricht. Zur Bestimmung der fußläufigen Erreichbarkeit ist eine maximale Gehzeit von 10 Minuten zugrunde zu legen, dies entspricht einer Entfernung von 700 bis max. 1.000 m. Ein überwiegend fußläufiger Einzugsbereich liegt vor, wenn der angesprochene Kundenkreis zu mehr als 50 % aus dem fußläufig erreichbaren Umfeld des Betriebes stammt.

Handelt es sich nicht um einen wohnortbezogenen Nahversorgungsbetrieb, sondern um ein Einzelhandelsgroßprojekt, so verstößt der Planstandort gegen das

Entscheidungsvorschlag:

Zur Kenntnisnahme.

Die raumordnerische Beurteilung durch den LK Emsland liegt mit Schreiben vom 16.08.2017 vor. Als Ergebnis wurde festgestellt, dass die Erweiterung des Marktes mit einer Verkaufsfläche von bis zu 1.200 m² der Stärkung der wohnortbezogenen Nahversorgung dient und raumordnerisch zulässig ist.

Es ist sicherzustellen, dass mindestens 90% der Gesamtverkaufsfläche nahversorgungsrelevante Sortimente (Nahrungs-/Genussmittel- und Drogeriewaren) angeboten werden. Weiter wird empfohlen den Marktstandort als Sondergebiet gemäß § 11 Abs.3 Nr. 2 BauNVO zu überplanen.

Die Sicherstellung des geforderten Flächenbedarfs für nahversorgungsrelevante Sortimente und die Überplanung als Sondergebiet wird durch entsprechende Festsetzungen in den Bauleitplanunterlagen gewährleistet.

Integrationsgebot gemäß Ziffer 2.3. 03 Satz 6 (LROP 2017), da keine unmittelbare Nähe zu einem zentralen Versorgungsbereich bzw. einer städtebaulich integrierten Lage sowie eine funktionale Ergänzung des zentralen Versorgungsbereiches angenommen werden kann.

Das LROP 2017 formuliert zwar eine Ausnahmeregelung vom Integrationsgebot (Ziffer 2.3. 05 Satz 3), ob diese im vorliegenden Fall jedoch zur Anwendung kommt, kann ohne weitere gutachterlich-fachliche Ausführungen nicht abschließend beurteilt werden.

Städtebau

Die Bauleitpläne sind den Zielen der Raumordnung anzupassen (§ 1 Abs. 4 BauGB).

Insbesondere sind bei Bauleitplanungen gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 4 BauGB die Erhaltung und Entwicklung zentraler Versorgungsbereiche zu berücksichtigen. In der Betrachtung stehen im vorliegenden Fall die Zentralen Versorgungsbereiche von Aschendorf und Rhede. Es sind die Auswirkungen auf den Erhalt und auch auf die Entwicklung dieser beiden zentralen Versorgungsbereiche darzulegen und in der Abwägung zu berücksichtigen.

Gemäß § 11 Abs. 2 Baunutzungsverordnung (BNVO) sind für sonstige Sondergebiete die Zweckbestimmung und die Art der baulichen Nutzung darzustellen. Beim Flächennutzungsplan reicht im Allgemeinen eine stichwortartige Darstellung aus, bei der die Darstellung der Zweckbestimmung mit der Darstellung der Art der Nutzung verbunden werden kann. Gemäß Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes vom 18.02.1994 - 4 C 4.92 - wird als zulässig und ausreichend angesehen die Zweckbestimmung „großflächiger Einzelhandel“. Lediglich „Einzelhandel“ ist bei der beabsichtigten Großflächigkeit nicht ausreichend.

Beim Bebauungsplan sind die textlichen Festsetzungen zu ergänzen und die Art der baulichen Nutzung ist festzusetzen.

Aus Gründen der Klarheit und Eindeutigkeit von Rechtsnormen ist bei der Festsetzung der maximal zulässigen Verkaufsfläche auf eine ca.-Angabe zu verzichten.

Die raumordnerische Beurteilung durch den LK Emsland liegt mit Schreiben vom 16.08.2017 vor. Als Ergebnis wurde festgestellt, dass die Erweiterung des Marktes mit einer Verkaufsfläche von bis zu 1.200 m² der Stärkung der wohnortbezogenen Nahversorgung dient und raumordnerisch zulässig ist.

Die Bezeichnung „großflächiger Einzelhandel“ wird als Zweckbestimmung für die Nutzungsdarstellung in die Bauleitplanunterlagen aufgenommen.

Wird bei der weiteren Planung beachtet.

Wird bei der weiteren Planung beachtet.

Naturschutz und Forsten

Das Plangebiet ist Teil eines Gewerbegebietes der Stadt Papenburg im Ortsteil Aschendorf. Es wird im Norden durch die „Rheder Straße, (L 52)“ und im Osten durch die Straße „Zu den Emsauen“ begrenzt. Östlich der Straße verläuft der sogenannte „Voßschloot“ mit seinen vielfältigen Grünstrukturen. Im Süden des Plangebietes grenzen weitere Gewerbeflächen an. Im Westen erstrecken sich ebenfalls Gewerbeflächen, wobei in diesem Bereich noch größere, nicht versiegelte Flächen zu erkennen sind.

Im Sinne des Vermeidungs- und Minimierungsgrundsatzes (§ 13 BNatSchG) gilt es vorrangig, Eingriffe in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild zu vermeiden. Die Vermeidung und Minimierung von Eingriffen in den Naturhaushalt und Landschaftsbild ist für den Vorhabenträger verpflichtend. Die Bauleitplanung ist daher grundsätzlich an die örtlichen Gegebenheiten anzupassen, um zum einen vorhandene Schutzgebiete, gesetzlich geschützte Biotope, geschützte Landschaftsbestandteile etc. und zum anderen vorhandene Grünstrukturen wie Waldflächen, Baumreihen oder Baumgruppen, Gehölzinseln, Feldhecken, Staudenfluren, Ruderalflächen und Gewässer zu sichern, zu schützen und dauerhaft zu erhalten.

Die naturschutzfachliche Vorgabe gilt in diesem Fall insbesondere für die im Norden des Plangebietes liegende Gehölzstruktur. Gegen die Überplanung bzw. Beseitigung dieser wertvollen und im ursprünglichen Bebauungsplan Nr. 13 als „Parkanlage und Schutzgrün“ festgesetzten Gehölzstruktur bestehen aus naturschutzfachlicher Sicht erhebliche Bedenken, da sie den Vermeidungs- und Minimierungsgrundsatz nach § 13 BNatSchG außer Acht lässt.

Die Gehölzstruktur hat eine durchschnittliche Breite von 21 m und nimmt eine Größe von ca. 3.240 m² ein. In Verbindung mit den vielfältigen Strukturen im Bereich des „Voßschlootes“, der sich über die naturnah gestalteten Regenrückhaltebecken nordöstlich des Plangebietes in nördlicher Richtung fortsetzt, leistet die Gehölzstruktur einen wertvollen Beitrag zum Biotopverbund im innerörtlichen Bereich. Die Gehölzstruktur wird daher als unbedingt erhaltenswert beurteilt.

Der dauerhafte Erhalt der wertvollen Gehölzstruktur ist aufgrund der Flächenverfügbarkeit möglich. Die zur Verfügung stehende Fläche ist so groß, dass sich das Gebäude, das den zukünftigen Discounter beherbergen soll, so positionieren lässt,

Zur Kenntnisnahme.

Zur Kenntnisnahme.

Die Marktfläche befindet sich in einer eingeschränkten Rand-/Ecklage da die vorhandenen befestigten Flächen bereits anderen Unternehmen zugeordnet sind.

Bei einer Markterweiterung müssen zusätzliche Stellplätze ausgewiesen werden welche nicht innerhalb der bereits befestigten Flächen ausgewiesen werden können da diese wie o.g. anderen Unternehmen zugeordnet sind.

Weiter ist im Zuge der Erweiterungsplanung eine Optimierung der Anlieferung, sowie die Herstellung einer Feuerwehrumfahrt erforderlich.

Zusätzlich ist bei der Gebäudeerweiterung die Nutzung der vorh. Kundenzufahrt bzw. sind die vorh. Stellplatzflächen der übrigen Unternehmen zu berücksichtigen.

Zusammengefasst ist zu erkennen, dass eine Markterweiterung aufgrund der räumlichen Lage und der Einstellung der Belange der umliegenden Unternehmen, eine Erweiterung nur auf den Eigentumsflächen des Vorhabenträgers nicht möglich ist und die Einbeziehung eines Teils der anliegenden Grünflächen (ca. 1.700 qm) zwingend erforderlich ist.

<p>dass eine Beeinträchtigung oder gar Beseitigung der Gehölzstruktur vermieden werden kann.</p> <p>Für die o. g. Bauleitplanung ist eine Umweltplanung durchzuführen. Die entsprechenden Daten, Erhebungen und Kartierungen sind beizubringen. Als Anforderung an die Umweltplanung ist die Abarbeitung der einzelnen Schutzgüter und eine Bestandsaufnahme der im Plangebiet vorkommenden und unmittelbar an das Plangebiet angrenzenden Biotoptypen (Schutzgut Arten- und Lebensgemeinschaften) zu betrachten. Im Zuge der Bestandsaufnahme ist ein besonderes Augenmerk auf die linearen Gehölzstrukturen zu legen.</p> <p>Aus einer zu erarbeitenden Eingriffsbilanzierung, die sich aus der Eingriffsregelung nach dem BNatSchG ergibt, sind die Art, die Lage und der Umfang der Kompensationsmaßnahmen abzuleiten und spätestens auf der Ebene der verbindlichen Bauleitplanung konkret und detailliert (Plan und Text) darzustellen.</p> <p>Die artenschutzrechtlichen Belange bedürfen keiner gesonderten Betrachtung, da das Plangebiet im Süden und Westen unmittelbar an vorhandene Gewerbeflächen grenzt. Die Durchführung einer speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung (saP) wird für nicht zwingend erforderlich erachtet.</p>	<p>Die hierfür zu erbringende naturschutzfachliche Kompensation wird durch den Vorhabenträger erbracht.</p> <p>Innerhalb der verbleibenden Grünfläche werden die Baumstrukturen entlang des Radweges erhalten und zum Parkplatz hin wird eine Hecke gepflanzt, so dass der Biotopverbund im innerörtlichen Bereich erhalten bleibt.</p> <p>Für die Bauleitplanung wird eine Umweltprüfung durchgeführt und in die Begründung als Umweltbericht eingestellt. Die Anforderungen an die Umweltplanung, gemäß den nebenstehenden Hinweisen, werden bei der Erstellung des Umweltberichtes beachtet.</p> <p>Im Umweltbericht wird die Eingriffsbilanzierung entsprechend den nebenstehenden Hinweisen der Fachbehörde erstellt. Die Kompensationsmaßnahmen orientieren sich dabei an der Beeinträchtigung und Zerstörung der vorhandenen Biotoptypen.</p> <p>Die Stadt Papenburg nimmt zur Kenntnis, dass keine spezielle artenschutzrechtliche Prüfung (saP) erforderlich ist.</p>
<p>2. Stellungnahme: Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Emden, Emden Datum: 04.05.2017</p> <p><u>Inhalt</u></p> <p>Vom Vorentwurf zur 107. Änderung des Flächennutzungsplanes, der die Darstellung einer Sonderbaufläche mit der Zweckbestimmung "Einzelhandel" beinhaltet, habe ich Kenntnis genommen. Der Begründung des Vorentwurfes ist zu entnehmen, dass sich im Plangebiet ein Discountmarkt befindet, dessen Abriss mit anschließender Errichtung eines neuen Marktes geplant ist. Da Einzelhandelsbetriebe unter die NACE-Schlüssel-Nummer 47 fallen, ist die zuständige Immissionsschutzbehörde der Landkreis Emsland.</p>	<p>Entscheidungsvorschlag:</p> <p>Zur Kenntnisnahme.</p>

<p>Unter Hinweis auf Nr. 38.1 VV-BauGB vom 02.05.1988 (Nds. MBl. S. 547) wird nur um Übersendung einer Planausfertigung (ohne Begründung) gebeten.</p>	<p>Das staatliche Gewerbeaufsichtsamt Emden wird im weiteren Beteiligungsverfahren gem. § 4 Abs. 2 BauGB gemäß den gesetzlichen Bestimmungen durch die Vorlage einer Planzeichnung (ohne Begründung) beteiligt.</p>
<p>3. Stellungnahme: Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Geschäftsbereich Lingen, Lingen (Ems) Datum: 24.04.2017</p> <p><u>Inhalt</u> Vorgesehen ist die 107. Änderung des Flächennutzungsplanes (Neubau eines Aldi-Marktes in Aschendorf) der Stadt Papenburg. Das Plangebiet liegt südlich der Landesstraße 52 (Rheder Straße) und westlich der Landesstraße 52 (Zu den Emsauen). In Bezug auf die nördlich liegende Landesstraße 52 (Rheder Straße) befindet sich der Geltungsbereich außerhalb der Ortsdurchfahrt gem. § 4 Abs. 1 Nieders. Straßengesetz (NStrG). In Bezug auf die östlich liegende Landesstraße 52 (Zu den Emsauen) liegt das Plangebiet innerhalb der Ortsdurchfahrt gem. § 4 Abs. 1 Nieders. Straßengesetz. Gemäß § 18 Abs. 1 NStrG ist die Stadt Papenburg innerhalb der Ortsdurchfahrt für die Sondernutzung zuständig. Geplant ist die Ausweisung einer Sonderbaufläche mit Zweckbestimmung „Einzelhandel“ (S).</p> <p>Die straßenbaulichen Belange gemäß § 24 Nieders. Straßengesetz (NStrG) sind im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung in Abstimmung mit der Straßenbauverwaltung -Geschäftsbereich Lingen- der Nieders. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr vorzunehmen.</p> <p>Hinweis: „Von der Landesstraße 52 gehen Emissionen aus. Für die geplanten Bauvorhaben können gegenüber dem Träger der Straßenbaulast keinerlei Entschädigungsansprüche hinsichtlich Immissionsschutz geltend gemacht werden.“</p> <p>Gegen die 107. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Papenburg bestehen aus Sicht des Geschäftsbereichs Lingen grundsätzlich keine Bedenken.</p>	<p>Entscheidungsvorschlag:</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der nebenstehende Hinweis bezüglich der von der L 52 ausgehenden I Emissionen wird in die Bauleitplanunterlagen aufgenommen.</p> <p>Zur Kenntnisnahme.</p>

<p>Der Geschäftsbereich Lingen ist am weiteren Bauleitplanverfahren nach § 4 Abs. 2 BauGB zu beteiligen.</p>	<p>Die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr wird im weiteren Beteiligungsverfahren gem. § 4 Abs. 2 BauGB gemäß den gesetzlichen Bestimmungen beteiligt.</p>
<p>4. Stellungnahme: Kreisverband der Wasser- und Bodenverbände Aschendorf-Hümmling, Aschendorf Datum: 13.04.2017</p> <p><u>Inhalt</u> Gegen die Änderung des Flächennutzungsplanes bestehen seitens des Unterhaltungsverbandes 104 „Ems IV“ unter Berücksichtigung der nachstehenden Gesichtspunkte grundsätzlich keine Bedenken:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Der UV 104 „Ems IV“ ist am wasserrechtlichen Verfahren zu beteiligen. 2. Sollten Kompensationsmaßnahmen außerhalb des Flächennutzungsplanes an Verbandsgewässern II. u. III. Ordnung vorgesehen sein, so ist hier ein Abstand von 5 m einzuhalten. <p>Um Übersendung einer Durchschrift der Genehmigung wird gebeten.</p>	<p>Entscheidungsvorschlag:</p> <p>Zur Kenntnisnahme.</p> <p>Der Kreisverband wird an dem noch einzuleitenden wasserrechtlichen Verfahren entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen beteiligt.</p> <p>Der Hinweis bezüglich des Abstandes zu Verbandsgewässern II. u. III. Ordnung wird bei eventuellen Kompensationsmaßnahmen außerhalb des Plangebietes beachtet.</p> <p>Der Kreisverband wird im weiteren Beteiligungsverfahren gem. § 4 Abs. 2 BauGB gemäß den gesetzlichen Bestimmungen beteiligt und erhält abschließend eine Durchschrift der Satzungsunterlagen.</p>
<p>5. Stellungnahme: Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Referat Infra I 3, Bonn Datum: 20.04.2017</p> <p><u>Inhalt</u> Bezug nehmend auf Ihr Schreiben vom 10.04.2017 zu o.g. Maßnahme teile ich Ihnen mit, dass sich o.a. Plangebiet meinen Unterlagen nach in einem Jettieffflugkorridor befindet. Solch ein Jettieffflugkorridor ist 10 km breit. Flughöhen von ca. 200 m über Grund sind die Regel. Zudem gehört die L 52, an der die Maßnahme liegt, zum Militärstraßengrundnetz.</p>	<p>Entscheidungsvorschlag:</p> <p>Zur Kenntnisnahme.</p> <p>Zur Kenntnisnahme.</p>

<p>Es dürfen durch die Maßnahme keinerlei Änderungen am Straßenkörper und auf die Traglast des Straßenkörpers bezogen entstehen.</p> <p>Die Bundeswehr hat keine Bedenken bzw. keine Einwände, wenn bauliche Anlagen - einschl. untergeordneter Gebäudeteile - eine Höhe von 30 m über Grund - hier wie von Ihnen im vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 45 angegeben max. II Voll-geschosse - nicht überschreiten.</p> <p>Es wird darauf hingewiesen, dass Beschwerden und Ersatzansprüche, die sich auf die vom Flugplatz/Flugbetrieb ausgehenden Emissionen wie Fluglärm etc. bezie-hen, nicht anerkannt werden.</p>	<p>Zur Kenntnisnahme.</p> <p>Zur Kenntnisnahme.</p>
<p>6. Stellungnahme: LGLN, Regionaldirektion Hameln-Hannover, Kampfmittel-beseitigungsdienst, Hannover Datum: 25.04.2017</p> <p><u>Inhalt</u></p> <p>Sie haben im Rahmen eines Bauleitplanverfahrens oder einer vergleichbaren Pla-nung das Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen (LGLN), Regionaldirektion Hameln-Hannover (Kampfmittelbeseitigungsdienst (KBD)) als Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Baugesetzbuch (BauGB) beteiligt. Meine Ausführungen hierzu entnehmen Sie bitte der Rückseite; diese Stellungnah-me ergeht kostenfrei.</p> <p>Sofern in meinen anliegenden Ausführungen eine weitere Gefahrenerforschung empfohlen wird, mache ich darauf aufmerksam, dass die Gemeinden als Behörden der Gefahrenabwehr auch für die Maßnahmen der Gefahrenerforschung zuständig sind.</p> <p>Eine Maßnahme der Gefahrenerforschung kann eine historische Erkundung sein, bei der alliierte Kriegsflugbilder für die Ermittlung von Kriegseinwirkungen durch Abwurfmunition ausgewertet werden (Luftbildauswertung). Der KBD hat nicht die Aufgabe, alliierte Flugbilder zu Zwecken der Bauleitplanung oder des Bauordnungs-rechts kostenfrei auszuwerten, die Luftbildauswertung ist vielmehr gem. § 6 Nieder-sächsisches Umweltinformationsgesetz (NUIG) in Verbindung mit § 2 Abs. 3 Nie-dersächsisches Verwaltungskostengesetz (NVwKostG) auch für Behörden kosten-</p>	<p>Entscheidungsvorschlag:</p> <p>Der Vorhabenträger hat eine Luftbildauswertung durchführen lassen.</p> <p>Als Ergebnis wurde mit Schreiben vom 14.06.2017 mitgeteilt, dass kei-ne Bombardierung innerhalb des Plangebietes festgestellt wurde. Es bestehen keine Bedenken hinsichtlich der geplanten Nutzung.</p>

<p>pflichtig.</p> <p>Sofern eine solche kostenpflichtige Luftbildauswertung durchgeführt werden soll, bitte ich um entsprechende schriftliche Auftragserteilung.</p>	
<p>7. Stellungnahme: EWE NETZ GmbH, Postfach 26 01, 26015 Oldenburg, Datum: 25.04.2017</p> <p><u>Inhalt</u></p> <p>In den oben genannten Plangebieten befinden sich Versorgungsleitungen und Anlagen der EWE NETZ GmbH.</p> <p>Diese Leitungen und Anlagen müssen in ihren Trassen (Lage) und Standorten (Bestand) erhalten bleiben und dürfen weder beschädigt, überbaut, überpflanzt oder anderweitig gefährdet werden. Es muss sichergestellt werden, dass die Leitungen und Anlagen durch das Vorhaben der Stadt Papenburg weder technisch noch rechtlich beeinträchtigt werden.</p> <p>Es wird gebeten, sich über die genaue Art und Lage der Anlagen im Rahmen einer Planauskunft zu informieren. Diese ist abrufbar über die Internetseite der EWE NETZ GmbH.</p> <p>Es wird gebeten, die EWE auch in die weiteren Planungen einzubeziehen und frühzeitig zu beteiligen. Sollten Anpassungen der Anlagen der EWE, wie z. B. Änderungen, Beseitigung, Neuherstellung der Anlagen an anderem Ort (Versetzung) oder andere Betriebsarbeiten erforderlich werden, sollen dafür die gesetzlichen Vorgaben und die anerkannten Regeln der Technik gelten. Die Kosten der Anpassungen bzw. Betriebsarbeiten sind von dem Vorhabenträger vollständig zu tragen und der EWE NETZ GmbH zu erstatten, es sei denn der Vorhabenträger und die EWE NETZ GmbH haben eine anderslautende Kostentragung vertraglich geregelt.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen und bei der Konkretisierung der Planung im vorhabenbezogenen Bebauungsplan berücksichtigt.</p>

VERFAHRENSGANG: Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB

Von der Öffentlichkeit wurden im Rahmen der Auslegung und des am 04.05.2017 durchgeführten Erörterungstermins keine Bedenken oder Anregungen zur Planung vorgetragen.

Aufgestellt:
Papenburg, 19.05.2017
Ing.-Büro W. Grote GmbH